

## ABGEHOBENER STADTRAT AFFOLTERN AM ALBIS UND DIE 38-STUNDEN-WOCHE

### **Wirtschaftsfremde Staatsangestellte machen Politik**

Dem Anzeiger vom vergangenen Freitag war zu entnehmen, dass der Stadtrat plant, für das Gemeindepersonal die 38-Stunden-Woche einzuführen. Eine Senkung um 4 Stunden in der Woche. Damit werden die Personalkosten auf einen Schlag um etwa 10 Prozent anwachsen. Kostenfolge so zwischen 2 und 3 Mio. Franken. Man glaubt damit dem angespannten Arbeitsmarkt wirksam zu begegnen. Dass damit die Qualität der Bewerber generell sinken könnte, ist für den wirtschaftsfernen Stadtrat kein Thema. Mit dem realitätsfremden Angebot des Stadtrates werden aber vor allem Jobhopper angesprochen, welche permanent Jagd auf beste Arbeitsbedingungen machen und deshalb sofort wieder verschwinden, wenn anderswo ein paar Franken mehr, oder ein paar Arbeitsstunden weniger winken. Erfahrungsgemäss trägt aber genau diese Gilde weder zur Verbesserung der Arbeitsqualität noch des Arbeitsklimas bei.

### **Finanzpolitische Kapriolen zu Lasten der Steuerzahler**

Die Stadt Affoltern a.A. gehört nach wie vor zu den fünf finanzschwächsten Gemeinden im Kanton Zürich. Die unterdessen guten Verkehrsverbindungen von und nach Affoltern a.A. haben etwas zur Verbesserung beigetragen. Allerdings ist es (noch) nicht gelungen daraus einen verbesserten Finanzhaushalt zu generieren. Im Gegenteil die Schuldenlast, aktuell 70 Mio., ist trotz Maximal-Steuerfuss stetig gestiegen. An der Rechnungs-Gemeindeversammlung vor 4 Wochen haben die Rechnungsprüfer (RPK) in ihrem Bericht den Stadtrat aufgefordert, aufgrund der angespannten Finanzlage und keiner positiven Perspektive, ein restriktives Sparprogramm im Budget 2024 sowie für die Folgejahre aufzunehmen. Die Aufforderung blieb von allen Seiten unbestritten. Die Stimmberechtigten konnten damit annehmen, dass der Stadtrat dem Antrag der RPK entsprechend handeln werde. Hier zeigt sich aber eine Schwäche des Milizbehördensystems. Behördenmitglieder welche die klaren Vorgaben der Steuerzahler mit Füßen treten, können während der laufenden Amtszeit gleichwohl nicht abgewählt werden.

Mit den personalpolitischen Vorschlägen der vergangenen Tage ist es völlig undenkbar auf eine restriktivere Ausgaben-Politik oder gar Sparprogramme zu hoffen. Es erstaunt zudem die Aussage der Stadtpräsidentin im Anzeiger, dass diese wiederkehrende jährliche Ausgabe von über 2 Mio. Franken in der Kompetenz des Stadtrates liege? Die diesbezügliche Grenze in der Gemeindeordnung liegt wesentlich tiefer. Wiederkehrende Ausgaben ab Franken 500'000.- unterliegen obligatorisch der Urnenabstimmung. Also müsste das Vorhaben «38-Stunden-Woche» dem Volk zum Entscheid vorgelegt werden. Ferner ist zu prüfen, wie sich dieser finanzpolitisch abenteuerliche Entscheid mit der soeben revidierten Personalverordnung der Stadt Affoltern a.A. verträgt, über welche der Souverän im Herbst abstimmen darf.

Vorstand SVP Affoltern a.A.

16.07.2023